

Eine VI. Republik –

Thema im Präsidentschaftswahlkampf 2007?

Ortwin Ziemer*



Die Krise um den Ersteinstillungsvertrag CPE hat mit Blick auf die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 nicht zuletzt auch die Debatte über eine notwendige Verfassungsreform, vor allem eine Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Exekutive und Legislative, neu entfacht.

Frankreichs derzeitiges politisches System, das 1958 nach Charles de Gaulles Vorgaben dem Gründerpräsidenten der Fünften Republik quasi auf den Leib geschneidert wurde, ist bekanntermaßen weder eine reine Präsidialdemokratie nach US-amerikanischem Vorbild noch ein pures repräsentativ-parlamentarisches System, wie es etwa die Bundesrepublik seit der Nachkriegszeit kennt. Trotz der klaren Vorherrschaft der Exekutive, gebildet von Staatspräsident und Premierminister, zuungunsten des Parlaments, und ungeachtet der eindeutigen politischen Weisungsbefugnis des Staatsoberhauptes gegenüber dem von ihm eingesetzten Premier, ist es gerade der hybride Charakter des politischen Systems Frankreichs, der seit bald zwei Jahrzehnten jenseits des Rheins immer wieder für Diskussionen sorgt. Solange die Präsidenten de Gaulle, Pompidou und Giscard d'Estaing klare parlamentarische Mehrheiten zur Verfügung hatten, um ihre Politik durchzusetzen, funktionierte das System nahezu reibungslos. Doch seit der sozialistische Staatsoberhaupt Mitterrand und der neogaullistische Regierungschef Chirac zwischen 1986 und 1988 die erste Kohabitation zu bestreiten hatten und auch die beiden weiteren Ausgaben dieser „Großen Koalition à la française“ zu einem neuen Selbst- und Amtsverständnis mancher Premierminister geführt haben, lebt die Debatte über eine grundlegende institutionelle Reform des politischen Systems, die die Einführung einer Art

Sechsten Republik bedeuten könnte, in regelmäßigen Abständen wieder auf. Und dies bezeichnenderweise zumeist in Wahlkampfzeiten. Wenn der Urnengang vorüber und die politischen Karten neu verteilt waren, wurde diese Debatte jedoch fast immer ebenso schnell wieder begraben. Wird es diesmal anders sein? Auch im Hinblick auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 haben die meisten Anwärter auf den Posten im Elysée-Palast in dieser Frage bereits mehr oder minder klar Position bezogen. Wird die Debatte diesmal bleibendere Spuren hinterlassen?

Bevor man die aktuelle politische Diskussion in Frankreich zu diesem Thema unter die Lupe nimmt, bietet sich ein kurzer Rückblick auf das Jahr 2002 an. Auch damals wurden die systempolitischen Überlegungen spätestens seit dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen immer mehr vom Schlagwort der Sechsten Republik durchzogen. Dabei kristallisierten sich zwei zentrale Argumentationslinien heraus: Nach der ersten ist in Frankreich, gewissermaßen als Konsequenz und Lehre aus dem Schockvotum für Le Pen am 21. April 2002, ein grundlegender Umbau des politischen Systems notwendig, insbesondere eine Neuverteilung der Kompetenzen der verschiedenen Vertreter von Exekutive und Legislative. Frankreich sollte seinen Demokratietyp, wenn nicht wechseln, so doch klar neu austarieren und das letztlich deutliche Übergewicht des

* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent auf La Réunion und unterrichtet dort in französischen Europaklassen Deutsch, Geschichte, Landes- und Sozialkunde.

Staatschefs korrigieren, das geradezu erdrückend zu werden droht, sobald dieser, wie derzeit nach dem Erdrutschsieg der Rechten bei den Parlamentswahlen vom Juni 2002, fast über eine Dreiviertelmehrheit in der Nationalversammlung verfügt.

Die andere, bereits 2002 anzutreffende Lesart, besteht darin, den derzeitigen Zustand der innerfranzösischen Machtbalance bereits als eine de facto schon erfolgte Wandlung hin zur Sechsten Republik darzustellen. Die per Referendum auf fünf Jahre verkürzte Amtszeit des Präsidenten, die so mit der Legislaturperiode zusammenfällt, und die Folgen der beiden Urnengänge jenes Jahres hätten bereits implizit für die nötige Umgestaltung gesorgt, und die Gefahr der Lähmung der Institutionen und der französischen Innenpolitik durch weitere Kohabitationen sei vorerst gebannt. Dies ist, vereinfacht dargestellt, die Ansicht des auch international anerkannten Politikprofessors und Deutschlandkenners Alain-Gérard Slama.¹ Ein Vertreter der Gegenmeinung, wonach das massive Votum zugunsten von Jacques Chirac im

zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl 2002 und die auf den französischen Typus des Mehrheitswahlrechts zurückzuführende Parlamentsmehrheit die französischen Institutionen eher zerbrechlich gemacht habe, statt zu einer Stabilisierung der Demokratie zu führen, ist der Politologe und ehemalige Europaabgeordnete Olivier Duhamel. Er hat diese Auffassung in verschiedenen Publikationen und Fernsehdiskussionen immer wieder dargelegt und befürwortet in letzter Zeit ebenfalls eine deutliche Stärkung von Parlament und Regierungschef.² Das Stammkapital Chiracs, in Stimmanteilen gerechnet, betrage in Wahrheit nur knapp 20 Prozent. Die Eigentümlichkeit des französischen politischen Systems aber hätte eben dazu geführt, dass trotz dieses schlechtesten Abschneidens eines Staatschefs der V. Republik im ersten Durchgang einer Präsidentschaftswahl am Ende paradoxerweise seine quasi totale Verfügungsmacht über die wichtigsten politischen Institutionen hervorgegangen sei: über den Elysée-Palast, die Nationalversammlung, den Senat und den Conseil constitutionnel.

„Frankreich sollte seinen Demokratietyp neu austarieren.“

Dieselben argumentativen Grundmuster charakterisieren nun auch den Vorwahlkampf für 2007. In einer ersten, recht allgemein gehaltenen Bestandsaufnahme lässt sich feststellen, dass manche Beobachter, nicht zuletzt wegen der Gefahr einer erneuten massiven Wahlenthaltung, die Legitimität der gesamten Exekutive infrage gestellt sehen. Andere Beobachter halten dem entgegen, der französischen Wahlmechanismus habe im Gegensatz zu europäischen Ländern wie etwa Österreich oder Belgien erlaubt, einen parlamentarischen Durchmarsch oder gar eine Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer und -extremer Parteien zu vermeiden. Das französische System hätte sich aus dieser Sicht bewährt, während die Gegenseite fordert, es müsse eine Verlagerung der Machtbalance hin zu Premierminister und Parlament und eine stärkere Verantwortlichkeit des Präsidenten vor den Abgeordneten und im Besonderen auch

vor der Opposition hergestellt werden. Dagegen wird wiederum argumentiert, der Handlungsspielraum des Staatschefs sei durch die immer wichtiger werdende europäische Politik-ebene und die Dezentralisierung, die ja gerade auch Chirac fortgeschrieben hat, schon stark genug eingeschränkt. Würde man noch weiter in dieser Richtung fortschreiten, drohe das Präsidentenamt völlig ausgehöhlt zu werden.

Auswirkungen der CPE-Krise

Chirac hatte nach seiner unter so eigentümlichen Vorzeichen stehenden Wiederwahl 2002 bei seiner traditionell vom Parlamentspräsidenten verlesenen Grußadresse an die neuen Abgeordneten einen politischen und demokratischen Neuaufbruch gefordert („sursaut politique et démocratique“). Über vier Jahre nach jenem politischen Erdbeben wird ein solcher Aufbruch, vor allem von Nicolas Sarkozy („rupture“), nun erneut eingefordert. Würde es versäumt, aus den Ereignissen von 2002 die nötigen Lehren zu ziehen? Und falls ja, könnte eine erneute Verfassungs- und Institutionen-debatte überhaupt die nötigen Anregungen und Antworten liefern?

Einen ersten Aufschluss über diese Frage könnten zum einen die politische Entwicklung der letzten Monate, zum anderen die bislang geäußerten Standpunkte der Präsidentschaftskandidaten geben. Die Krise um den „Contrat première embauche“ (CPE) hat die französische Exekutive nicht nur auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet in Bedrängnis gebracht, sondern auch im Bereich des Verfassungsrechts. Dieser Aspekt stand sicherlich nicht unbedingt im Vordergrund der Affäre, hat aber dennoch seine Spuren hinterlassen und die Einheit des Regierungslagers nicht unbedeutend infrage gestellt. Es lag nur in der Natur der Sache, dass es sich die Opposition nicht nehmen ließ, das ihrer Meinung nach nicht nur inkohärente, sondern verfassungswidrige Vorgehen der Staatsspitze anzuprangern, als Jacques Chirac am 10. April 2006 ankündigte, den Ersteinstillungsvertrag durch ein Gesetz zur Verbesserung der Situation von Berufseinsteigern unter 26 Jahren zu ersetzen. Die Kritik kam jedoch auch aus den eigenen Reihen: Beim ohnehin schwierigen Koalitionspartner UDF und selbst unter den Abgeordneten der Regierungspartei UMP wurden Stimmen laut, Chirac und de Villepin hätten die Glaubwürdigkeit der Institutionen und des gesamten politischen Systems in Gefahr gebracht, indem sie ein Gesetz in Kraft setzten und gleichzeitig verkündeten, einer seiner Paragraphen solle nicht angewendet werden.

Hinzu kam, dass der von Chirac erwähnte neue Gesetzentwurf, der den Paragraphen über den Ersteinstillungsvertrag ersetzen sollte, vom Staatschef selbst und nicht, wie üblich, von den Abgeordneten angekündigt wurde. So erklärte beispielsweise der UMP-Abgeordnete Jérôme Rivière Mitte April dieses Jahres vor der Parlamentsabstimmung über die neue Regelung, er habe nach bestem Wissen und Gewissen dem Gesetz über den Ersteinstillungsvertrag zugestimmt und sehe nun keinerlei Grund, es gegen seine Überzeugung wieder abzuschaffen. Die von den beiden UMP-Fraktionschefs in der Nationalversammlung und im Senat, Bernard Accoyer und Josselin de Rohan, mit den Gewerkschaften ausgehandelte neue Fassung fand dann allerdings dennoch eine breite Mehrheit.

Trotzdem werfen diese Dissonanzen ein bezeichnendes Licht auf die nach Meinung vieler

Beobachter übermächtige Stellung der Exekutive auf Kosten des Parlaments im französischen Institutionengefüge. Die Debatte über eine mögliche Reform des politischen Systems könnte im kommenden Wahlkampf durchaus verstärkt fortgeführt werden, zumal auch der mehr als wahrscheinliche UMP-Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy während der CPE-Krise bereits verlauten ließ, sich um eine Klärung der Prärogativen des Präsidenten und eine Stärkung der Rolle des Parlaments bemühen zu wollen. Am 13. Mai schlug schließlich Paris' sozialistischer Bürgermeister Bertrand Delanoë bei den Generalständen der Parti Socialiste in Toulouse zu dem Thema „Teilhabende Demokratie“ in die gleiche Kerbe, als er sich für eine, so wörtlich, „Parlamentarisierung“ der V. Republik aussprach und sich für die Ausbalancierung der Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative einsetzte.

Hinzu kommt, dass das sehr unorthodoxe Vorgehen der Exekutive zur Beendigung der Krise um den Ersteinstillungsvertrag noch ein gerichtliches Nachspiel haben könnte. Infolge einer Äußerung des linken Abgeordneten und gelernten Juristen Roger-Gérard Schwartzberg wurde inzwischen eine Strafanzeige gegen Arbeitsminister Jean-Louis Borloo eingereicht. Dieser hatte auf Anweisung Jacques Chiracs in einem Brief an den Arbeitgeberverband Medef die Firmenchefs aufgefordert, keine Ersteinstillungsverträge abzuschließen, obwohl das Gesetz bereits im französischen Gesetzblatt, dem *Journal Officiel*, veröffentlicht worden war. Laut Paragraph 5 des französischen Strafgesetzbuches stehen aber bis zu fünf Jahre Gefängnis auf den Versuch von Amtspersonen, die Ausführung rechtsgültig verabschiedeter Gesetze zu verhindern. Auch wenn bisher noch nicht einmal ein Ermittlungsverfahren offiziell eingeleitet wurde, hat die Affäre die Politikverdrossenheit nicht eben verringert.

Die Positionen der Kandidaten

Die Diskussion um eine mögliche Entwicklung hin zu einer Sechsten Republik hat jedenfalls durch diese Entwicklung neue Nahrung erhalten. Ob sie in den kommenden Wahlkampfmonaten

aber eine substantielle Rolle spielen können, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wer in dieser Frage die öffentliche Meinungsführerschaft übernehmen wird. Daher liegt ein kurzer Blick auf die Positionen der voraussichtlichen Protagonisten nahe: Seinem traditionell liberalen und föderalen Politikverständnis gemäß gehen die Reformvorschläge in Sachen Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Exekutive und Legislative bei UDF-Parteichef François Bayrou sicherlich am weitesten. Er strebt in relativ klarer Weise eine deutliche Parlamentarisierung des französischen Systems an, ohne – natürlich – das Präsidentenamt übermäßig schwächen zu wollen. Schließlich will er selber dafür kandidieren. Hierin liegt allein schon fast eine politische Quadratur des Kreises, zumal Bayrou offiziell auch die Einführung des reinen Verhältniswahlrechts anstrebt. Hinzu kommt, dass seine eigentümliche Rolle innerhalb des Regierungslagers, die fast schon einer Art interner Opposition gleichkommt, seine Hausmacht und zugleich seine Möglichkeiten der Einflussnahme auf nicht nur diese Debatte empfindlich geschwächt hat. Als er Anfang September bei der so genannten Sommeruniversität seiner Partei in La Grande Motte – einem informellen Parteitag zwecks offizieller Wahlkampföffnung, wie ihn alle politischen Lager zu dieser Zeit veranstalteten – zu einer Regierung der nationalen Einheit aufrief, wirkte das fast schon wie ein verzweifelter Wink mit dem politischen Zaunpfahl.

Auch im sozialistischen Lager ist die Situation in puncto Verfassungsdebatte alles andere als eindeutig. Ségolène Royal, die zu Beginn des politischen Herbstes noch immer ganz oben auf der Popularitätswelle surfte, hat sich noch nicht klar geäußert. Zeitweise entstand der Eindruck, sie könnte den Positionen der Parteilinken nahe stehen, die namentlich von dem Abgeordneten Arnaud Montebourg und seiner Konvention für eine VI. Republik vertreten werden. Montebourg fordert insbesondere einen ausschließlich dem Parlament verantwortlichen Regierungschef, die Abschaffung der Direktwahl des Staatspräsidenten, dessen Beschränkung auf die weitgehend re-

präsentative Rolle eines Garanten der Institutionen und die deutliche Stärkung basisdemokratischer Elemente in der Verfassung. Die Spekulationen schossen jedenfalls ins Kraut, als Royal Ende August im Wahlkreis Montebourgs in Burgund das Wort „VI. Republik“ zumindest in den Mund nahm. Schon allein, weil sie die Einladung zu der von Montebourg in seiner Hochburg organisierten Parteikundgebung angenommen und dabei das genannte, brisante Schlagwort zitiert hatte, sahen viele in ihm bereits ihren künftigen Wahlkampfchef. Jedenfalls wird sie ihren Standpunkt in der Verfassungsdebatte rasch klarstellen müssen, zumal Montebourgs Ambitionen in diesem Punkt deutlich von der offiziellen Parteilinie abweichen, die immer noch von PS-Parteichef François Hollande verkörpert wird. Dieser hat sich Anfang Juli 2006 in der neuen LCI-Wahlkampfsendung „Elysée 2007“ für eine Stärkung der Rechte der Abgeordneten und ein resoluteres Vorgehen gegen politische Ämterhäufung ausgesprochen, ohne dabei allerdings konkret zu werden.

Diese noch recht vagen Vorschläge ähneln zum Verwechseln denjenigen von Nicolas Sarkozy, der sich bei der UMP-Sommeruniversität Anfang September 2006 in Marseille dafür aussprach, die V. Republik von den Risiken „monarchischer Tendenzen“ zu reinigen. Dieser kaum übersehbare Seitenhieb auf Amtsinhaber Chirac erlaubte es Sarkozy zugleich, sich in Sachen konkreter verfassungspolitischer Stellungnahmen weiter bedeckt zu halten.

Chiracs Präferenzen für einen starken Präsidenten sind hinlänglich bekannt. Seine eigene erneute Kandidatur wäre allerdings, wenn nicht unmöglich, so doch eine ziemliche Überraschung. Bleibt die Frage, wann die beiden voraussichtlichen Hauptkonkurrenten um das höchste Staatsamt in der Institutionenfrage endgültig aus der Deckung kommen werden. Im Rennen um den Elysée dürfte 2007, neben anderen wichtigen Themen, auch die Frage der Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen eine mitentscheidende Rolle spielen. *Affaire à suivre donc ...*